

Einleitung

Dietmar Mieth/Jacques Pohier

Evangelischer Protest und ethische Reflexion

Die vorliegende Nummer von CONCILIUM beschäftigt sich erstmals mit den ethischen Aspekten internationaler ökonomischer Probleme. Sowohl das *Leitthema* «Ethik und Ökonomie» als auch das *Paradigma des Nord-Süd-Konfliktes* sind ideologisch heftig umstritten. Umso gründlicher wurde die Konzeption dieses Bandes diskutiert. Leider ließ sie sich nicht ganz durchführen. So mußte z. B. ein Beitrag über verschiedene marxistische Ansätze zur Entwicklungspolitik (und ihre derzeitigen Krisen!) ausfallen. Autoren aus der Dritten Welt kamen weniger zu Wort, als es beabsichtigt war. Eine christlich-ethische Prioritätensetzung für die einzelnen ökonomischen Faktoren war nur in Ansätzen möglich. Wir haben erkannt, daß es notwendig ist, in Zukunft *einen* solchen Faktor als Thema eines ganzen Heftes zu nehmen. Das moraltheologische Heft 1982 wird sich daher mit den Problemen internationaler Arbeitslosigkeit beschäftigen.

Diese Nummer von CONCILIUM ist daher eine erste Bilanz der Probleme. Sie analysiert in ihren drei Teilen die ökonomischen Faktoren, die allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Theorien zum Nord-Süd-Konflikt und schließlich das Potential an ethischen Reflexionen im christlichen Kontext, wie es derzeit die christliche und kirchliche Praxis in ihrer Richtung und in ihrem Engagement bestimmt. Wir hoffen, daß diese Bilanz zur Diskussion und Weiterarbeit anregen wird. Denn die Stärke dieses Heftes liegt sicherlich mehr in der Problematisierung als in der Problemlösung.

I. Inhaltlicher Überblick

Die einzelnen Beiträge zu den ökonomischen Faktoren des Nord-Süd-Konflikts (Bevölkerungspolitik, Energie und Ernährung; Welthandelssystem; Finanzpolitik; multinationale Unternehmenspolitik und Technologie) setzen folgende Schwerpunkte:

Paul Steidl-Meier sieht vor allem die Ungerechtigkeit in der Verteilung. Erst die Bindung der politischen Verantwortung an die Prinzipien der Verteilungsgerechtigkeit ermöglicht eine bessere Teilhabe an den Energie- und Ernährungsressourcen, Veränderungen

der Produktionsweise und Technologie und den notwendigen gesellschaftlichen Strukturwandel. Der Beitrag enthält auch eine methodologische Reflexion über das Verhältnis von Fakten und Werten und Überlegungen zur Anwendung der Prinzipien kirchlicher Soziallehre (vgl. dazu auch die Beiträge von Chenu, Wogaman und Lual).

Siro Lombardini beschreibt die Typologie der strukturellen Ausbeutung der Länder der Dritten Welt durch kapitalistische Grundstrukturen des Welthandels. Die Notwendigkeit des Wandels wird dabei sichtbar, obwohl der Autor in einer ethisch begründeten wirtschaftspolitischen Strategie zurückhaltend ist (man vergleiche dazu die Beiträge zu den Dependenztheorien).

Hanns Abele zeigt den Zusammenhang zwischen der Finanzregulierung in der herrschenden Weltwirtschaftsordnung und der zunehmenden Verschuldung der Entwicklungsländer. Die verschiedenen Interessenspositionen zwischen Industrieländern (als Gläubigern) und Entwicklungsländern (als Schuldner) verstärken das Problem. Eine Lösung, so meint der Ökonom, läßt sich nicht rein «technisch» erarbeiten, sondern ist vom ethischen Standort hinsichtlich der Verteilungsgerechtigkeit abhängig.

Roger C. Ridell beschäftigt sich mit den wirtschaftlichen und technologischen Monopolen der multinationalen Konzerne und ihren Auswirkungen auf die Zunahme des Ungleichgewichts. Betroffen sind dabei die Güterproduktion, das Beschäftigungssystem und sogar die nationale Souveränität. Nur eine strikte Kontrolle der Unternehmenspolitik und ihrer Auswirkungen vermag auf die Dauer der Armut und Arbeitslosigkeit zu steuern. Solange die Wachstumspolitik nicht eingedämmt wird, erscheint eine bessere internationale Verteilung als unmöglich.

So verschieden diese Beiträge auch ansetzen, sie konvergieren eindeutig in der ökonomisch und ethisch begründeten Forderung eines Wandels der wirtschaftspolitischen Strategien auf Weltebene und in dem Bewußtsein, daß der politische Wille von ethisch verantworteten Prioritäten gesteuert werden muß.

Das Verhältnis von Ökonomie, Politik und ethischer Verantwortung wird allgemein in den Theorien des Nord-Süd-Konflikts diskutiert. Damit beschäftigen sich die Beiträge des *zweiten Teils*. Sie greifen die schon im ersten Teil genannten Hindernisse für die Verteilungsgerechtigkeit im politischen Willen und den ihn beeinflussenden ökonomischen Faktoren auf.

Vincent Cosmao zeigt die blockierende Wirkung einer politischen Ideologie der nationalen Sicherheit. (Während diese Zeilen geschrieben werden, kann man gerade in Bolivien deren antidemokratisches Durch-

setzungsvermögen beobachten.) Die Ideologie der Sicherheit als Bedingung der Freiheit (für wenige!) versuche sich «christlich» zu legitimieren. Sie bediene sich dabei der Integration der «Christenheit» in das industrielle System und des geläufigen Feindbildes «Christenheit-Kommunismus». Demgegenüber müsse eine Rückbesinnung auf die politische Funktion des christlichen Glaubens einsetzen, der sich der Sakralisierung einer politischen Ordnung verweigert (man vergleiche dazu Dussels Analyse des Dokuments von Puebla am Schluß des Heftes).

So wenig die politische Stabilität den absoluten Vorrang vor der Behebung sozialer Ungerechtigkeit erhalten kann, so wenig erweisen sich die beiden Ordnungsfaktoren der Marktwirtschaft (Angebot und Nachfrage) allein in der Lage, die ungerechte Verteilung in der Weltwirtschaft zu beheben. *Pieter VerLoren van Themaat* beschreibt die Neue Weltwirtschaftsordnung als «gemischte ökonomische Ordnung», die neben Marktgesetzen auch bewußte Intervention braucht. Die Entwicklung multilateraler Vertragsnormen, die Feststellung ökonomischer Rechte und Pflichten der Staaten und supranationale Solidaritätsverpflichtungen werden immer mehr vom ökonomischen Eigeninteresse der Länder als notwendig erkannt, und hier liegt eine Chance für ihre Realisierung.

Vorerst aber sind die Normen wirtschaftlicher Interdependenz durch die Fakten einseitiger Dependenz behindert. Die folgenden Beiträge beschäftigen sich daher mit der sogenannten «Dependenztheorie» und den aus ihr resultierenden strategischen Überlegungen für eine partielle Dissoziation und «self-reliance» der Entwicklungsländer.

Georges Enderle und *Ambros Lüthi* halten sich dabei an die im lateinamerikanischen Raum entstandenen Analysen. Dabei werden politische, soziologische und ökonomische Faktoren zu einer einzigen Theorie verbunden. Die geschichtliche Erfahrung zeigt die Nachteile von Entwicklungsmodellen, die durch ihre Orientierung an industriellen Zentren die Abhängigkeitsverhältnisse stabilisiert oder vergrößert haben. Die ökonomische und technologische Abhängigkeit erscheint dabei nicht mehr als ein vorübergehender Katalysator der Selbstentwicklung, sondern als ihre Verhinderung. Der eigentliche Defekt scheint darin zu liegen, daß sich die autozentrierte Entwicklung der Industrieländer gerade nicht in den Ländern der Dritten Welt wiederholt hat. Damit fallen die Ziele Wachstum der Produktivität und Verminderung der Ungleichheit auseinander. Die strategischen Überlegungen zu einer totalen oder selektiven Abkoppelung dienen daher dem Ziel, «die Masse der Menschen in eine produktive Beschäftigung einzuführen und ihre

Grundbedürfnisse zu befriedigen». Die geschichtliche Ableitung solcher Überlegungen bietet der Beitrag von *Dieter Senghaas*, der ein Plädoyer für selektive Abkoppelung auf Zeit mit der marktwirtschaftlichen Tradition und den langfristigen Interessen der Industrieländer zu verbinden sucht.

Für den Ethiker stellt sich angesichts einer gewissen Konvergenz dieser entwicklungstheoretischen Überlegung (man vergleiche dazu auch den Wandel der Leitbilder pragmatischer Entwicklungshilfe im Beitrag von *John Lucal*) die Frage: wenn das Ziel der Verteilungsgerechtigkeit klar ist, wie lassen sich die strategischen Mittel in ihren ideologischen Voraussetzungen unterscheiden? Daß dieses Problem noch nicht gelöst ist, zeigen die christlich-ethischen Antwortversuche, deren Bilanz (ohne Anspruch auf Vollständigkeit) im dritten Teil vorgelegt wird.

Im Vordergrund steht zunächst der evangelische Protest gegen Ausbeutung und Gewalt bzw. gegen Armut und Abhängigkeit. Er setzt sich fort in konkreten Forderungen nach der Erfüllung materieller Grundbedürfnisse, humaner Grundrechte, gerechter Chancenverteilung und Ermöglichung solidarischer Gesellschaft. Die motivierende Kraft des christlichen Glaubens für ethische Zielsetzungen (*Wogaman*) setzt sich im pragmatischen Engagement fort (*Lucal*) und verschärft sich in der befreiungstheologischen Praxis (*Gutiérrez und Dussel*). Diese setzt der «Entwicklung» von «außen» und «oben» eine Selbstentfaltung der Basis «von unten» entgegen. Damit wird deutlich, daß zwischen den ethischen Problemen makroökonomischer Ziele und Strategien und einer christlich motivierten Basisarbeit noch eine Lücke klafft. Man gewinnt den Eindruck, daß die Ethik der Ökonomie mit einer Globalsteuerung der Verteilung von oben rechnet und dabei die konkreten politischen Machtverhältnisse nicht explizit genug und nur forensisch beachtet. Wir kommen auf das Problem noch zurück.

Nach *Hans Schöpfers* Plädoyer für mehr theologische Verantwortung, ausgehend vom Bericht der Brandt-Kommission und vor allem an die westliche Theologie gerichtet, geht *Marie-Dominique Chenu* auf die Rolle der kirchlichen Soziallehre ein. Er sieht hier seit dem Zweiten Vatikanischen Konzil einen Paradigmawechsel in der Methode. Er unterscheidet zwischen einer geschlossenen Sozialdoktrin der Kirche und dem neuen Konzept einer theologisch-ethischen Beratung und Begleitung für Gesellschaftsanalysen, sozioökonomische Zielsetzungen und Handlungsstrategien. Der geschlossenen Sozialdoktrin wirft er vor, sie sei von einem «deistischen» Gottesbild und von gleichbleibenden quasi-kosmologischen Wessensaussagen über die Gesellschaft ausgegangen. Sie

habe sich dabei an soziokulturelle Kategorien mit historischen und geographischen Grenzen gebunden. Man habe sie unter dem triumphalistischen Anspruch, einen eigenen christlichen, «dritten» Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus zu begründen, deduktiv auf jede Situation, unabhängig von deren historischer Analyse, angewendet. Schließlich habe man sich mehr an die Belehrbarkeit gehorsamer Christen statt an deren Kreativität gerichtet. Diese Doktrin sei inzwischen, vor allem in den Erklärungen der letzten Päpste, wenn auch oft leider unbemerkt von ihren hauptamtlichen Interpreten in den Industrieländern, zurückgenommen. Nicht mehr die Einheitlichkeit der Aussagen, sondern deren Situationsangemessenheit und humane Effizienz stünden heute im Vordergrund, ohne daß dabei die wichtigsten Sozialprinzipien aufgegeben werden müßten. Es gehe darum, die evangelischen Impulse in verschiedenen sozialphilosophischen Optionen durchzusetzen, so daß man sich nicht in der Apologetik einer eigenen Doktrin erschöpfe, die sich historisch zudem als mißbrauchbar erwiesen habe.

Zur Verbindung von evangelischem Impuls und ethischer Reflexion liefert *Philip Wogaman* einen methodischen Beitrag. Die ethische Problemstellung werde wechselnden Interessenlagen nur entzogen, wenn die ethischen Werte in Beziehung zu ihrer transzendenten Quelle stünden. Der letzte Sinn der Wirklichkeit («ultimate nature of reality»), den wir nur teilweise wissen, auf den wir aber im Glauben vertrauen, stifte die ethische Bedeutsamkeit («ethical significance») des wirtschaftlichen Lebens. Die ethische Methode im christlichen Kontext besteht daher darin, die Auswirkungen der ökonomischen Determinanten unseres Lebens im Hinblick auf diesen Sinn rational zu prüfen. Das konkrete ethische Vorzugsurteil kann dann durchaus mit anderen ethischen Ansätzen übereinstimmen.

Auch in der praktischen Arbeit kirchlicher Entwicklungshilfe gibt es, wie *John Lucal* aufzeigt, einen Paradigmawechsel. Er geht vom Leitbild der caritativen Hilfe über das ökonomische Entwicklungsmodell zum Leitbild eines sozialen Strukturwandels, der erst bessere Verteilungsgerechtigkeit ermöglicht. Weil ungerechte soziale und politische Strukturen das Haupthindernis darstellen, ist Gerechtigkeit wichtiger als Caritas. Der Übergang von dieser Erkenntnis zur Praxis vollzieht sich nur langsam, vor allem bei den Trägern kirchlicher Entwicklungsförderung in der Ersten Welt. Das liegt daran, daß das Bewußtsein caritativer Hilfe für den Träger mehr Selbstbefriedigung bringt als der Dienst an der geschuldeten Gerechtigkeit. Zudem stelle sich das Problem der Politisierung der Entwicklung durch das Leitbild des sozialen

Strukturwandels. Wenn aber kirchliche Entwicklungshilfe, so meint *John Lucal*, die damit verbundenen ideologischen Probleme praktisch durchstehen will, dann muß sie auf pragmatische Weise ihr soziales Engagement verstärken und dabei die ideologischen Einflüsse kritisch prüfen. Zu allem sei eine Veränderung der Kirche selbst nötig, damit sie dem Konzept der Solidarität nach innen und außen selbst entspreche.

Der Modus der Betroffenheit ist sicher allen Autoren zu unterstellen. Aber in den Beiträgen aus der «Befreiungstheologie» nimmt er eine neue Dimension an. Reflexion und Zeugnis praktischer Erfahrung sind hier untrennbar.

Gustavo Gutiérrez beschreibt den totalen Widerspruch zwischen institutionalisiertem Mißbrauch der Gewalt und authentischem Lebensrecht der Menschen. Nicht die Erkenntnis richtiger Prinzipien und wirksamer Vorzugsurteile ist hier das Problem, sondern die Unwirksamkeit ethischer Maximen, die im Kontext des Glaubens klar erkennbar sind. Das ist die Situation der «sozialen Sünde». Die Geschichte der «Christianisierung» Südamerikas habe bisher eher unter dem Todesmythos der Bereicherung gestanden, als den Widerspruch der Botschaft des Gottesreiches geltend zu machen (Las Casas). Nicht die Ziele eines Strukturwandels zu einer gerechten Gesellschaft sind daher unklar, sondern die Trägerschaft. *Gutiérrez* sieht hier in den christlichen Basisgemeinschaften eine neue Möglichkeit. Sie sind Träger einer «Jüngerethik», die auf der evangelischen Dialektik zwischen Gnade und sittlichem Anspruch beruht. Ihre Kraft erweist sich im Martyrium (Erzbischof Romero) und entlarvt dadurch die falsche Option für den Tod.

Die These, die *Enrique Dussel* bei seiner Analyse des Puebla-Schlußdokumentes aufstellt, lautet: die christliche Ethik mit ihrer zentralen Maxime, die Befreiung des benachteiligten anderen vor jede Selbstverwirklichung zu stellen, wird erst und vor allem in der Ökonomie konkret. Nur dort, wo ökonomische Beziehungen die kommunikative – nicht bloß die materielle und konsumistische – Produktivität der menschlichen Arbeit erhöhen, erweist sich die christliche Ethik als real und effizient. Mit der Analyse der Dokumente verstärkt *Dussel* die von *Gutiérrez* betonten Grundaspekte («soziale Sünde», «Option für die Armen»).

II. Konvergenzen und Divergenzen einer ethischen Bilanz

Die ungerechte Verteilung ökonomischer Güter bei zunehmender Erfahrung der Grenzen des Wachstums ist das wichtigste konkrete ethische Problem der heuti-

gen Zeit. Diese Dringlichkeit wird in allen Beiträgen deutlich. Ebenso wird deutlich, wie ökonomische Ungerechtigkeit und politische Ungerechtigkeit zusammenhängen. Aber wie bei allen konkreten ethischen Problemen vermag man sich über die Kontrasterfahrung und den Protest leichter zu verständigen als über die ethischen Prioritäten und die strategischen Normen. Immerhin wird in allen Beiträgen deutlich, daß gerade der christliche Kontext ethischer Reflexion keinerlei Beschwichtigung zuläßt.

Es wird ferner deutlich, daß eine hohe Übereinstimmung in den Zielen und in den ethischen Prinzipien besteht. Das Hauptziel ist die soziale *Verteilungsgerechtigkeit*, und das ist angesichts der Vorherrschaft ökonomischer *Tauschgerechtigkeit* als Kriterium internationaler Wirtschaftsbeziehungen keine Selbstverständlichkeit. Die Verteilungsgerechtigkeit setzt als Prinzip die Gleichwertigkeit aller Menschen voraus, nicht nur die Gleichwertigkeit wirtschaftlich potenter Subjekte. Da sie sich nicht nur auf materielle Güter richtet, sondern auch die Rechte der Menschen umfaßt, impliziert sie auch die Prinzipien freier Selbstbestimmung und Solidarität. Das Problem besteht im Einzelfalle darin, wie diese zusammengehörigen Prinzipien in den Prioritäten der Praxis vollwertig berücksichtigt werden können, und dies ist nicht zuletzt ein Problem der politischen Ethik. Eine Ethik der Ökonomie, die nicht im Dienst einer politischen Ethik steht, ist unzureichend.

Verteilungsgerechtigkeit setzt daher eine Eindämmung der ökonomischen und politischen Faktoren voraus, die sie behindern, und eine Ermöglichung von Strukturen, die sie fördern. Sie setzt also an der defekten Wirklichkeit an und sucht die möglichen Schritte zur Besserung. Dabei begegnet alle ethische Deduktion von Prinzipien einem praktisch-induktiven Moment. Je stärker das Engagement und die praktische Mitbetroffenheit, um so bedeutsamer wird dieses Moment. Eine Ethik vom Standpunkt des «neutralen» Beobachters, wie sie in unserer Tradition, in manchen Beiträgen durchaus noch spürbar, vorherrschend ist, wird dann so gut wie unmöglich.

Hier liegt der Konflikt zwischen der philosophisch-ethischen Tradition und dem Ethos der Befreiungstheologien, die vom Evangelium her nur den Standort bei den Benachteiligten als ethischen Standort akzeptieren zu können glauben. Die Divergenz zwischen «analytischer» Ethik und engagiertem christlichem Ethos wird hier spürbar. Die einen sehen das Hauptproblem in einer genauen Analyse der Ziel- und Mittelkonflikte und befürchten die ideologische Anfälligkeit derer, die eine gerechte Gesellschaft vor allem für eine Frage der historischen Diagnose des

Bösen und des rückhaltlosen Einsatzes zu seiner Überwindung halten. Die anderen sehen die ideologische Gefahr einer «Ideologie der Ideologielosigkeit», deren hohe Fähigkeit zur Problematisierung des ethischen Handelns eben dieses praktisch blockiert und damit bestehende Ungerechtigkeit stabilisiert.

Wir wollen dieses Problem, das eine gründliche Auseinandersetzung in der christlichen Fundamentalethik verdient, hier nur offenlegen und nicht eingehend studieren. In der Bilanz der einzelnen Beiträge dieses Heftes zeichnet sich nämlich eine interessante Konvergenz zwischen analytischem Ansatz und engagierter Orthopraxis gerade im Hinblick auf die Verteilungsgerechtigkeit ab:

Nach John Rawls (man vergleiche den Schluß des Beitrags von Philip Wogaman) ist der am meisten Benachteiligte das «Subjekt» der ethischen Entscheidung, wieviel an Ungleichheit in Kauf genommen werden darf, um die fortschreitende Aufhebung seiner Benachteiligung zu ermöglichen. Nach der orthopraktischen Position der Befreiungstheologien ist der Arme das «Subjekt» der solidarischen Praxis, welche die Gerechtigkeit herbeiführt. Daraus ergibt sich wenigstens eine Übereinstimmung in der strategischen Norm der Verteilungsgerechtigkeit: das Nord-Süd-Gefälle mit seinen ungeheuerlichen Implikationen der Verelendung und Vernichtung eines großen Teils der Menschheit kann weder durch selektive Beteiligung am Wirtschaftswachstum der Industrie- und Ölländer noch durch internationale Garantien besserer Tauschgerechtigkeit letztlich aufgehoben werden, sondern jede wirtschaftspolitische Entscheidung trägt in sich soviel an ethischer Verantwortung, als sich die am meisten betroffene «Basis» der benachteiligten Menschen der Dritten Welt mit ihr einverstanden erklären könnte.

Die Diagnose ist klar, daß die Anwendung dieser strategischen Norm bisher von wirtschaftlichen und politischen Interessen verhindert wird. Es sind die Außenhandelsinteressen der Industrieländer, die formale Freiheit eines Weltmarktes und von Binnenmärkten, die dem Stärkeren dienen, die Expansionsbestrebungen multinationaler Konzerne, die einseitigen Produktionsinteressen und Machtgewohnheiten herrschender Schichten in den armen Ländern selbst u. a. m., die den ethischen Standort behindern. Um so mehr wird deutlich, wie sehr die ökonomische Ethik von der politischen Ethik abhängt und wie wichtig es ist, daß der Prozeß der politischen Befreiung mit evangelischen Motivationen nicht getrübt, sondern gefördert wird. Die selektive Dissoziation auf Zeit scheint derzeit das einzige Mittel zu sein, die notwendige Kontrolle ökonomischer Prozesse effizient zu

machen. Damit ökonomische Ziele nicht die alleinige Priorität erhalten, muß dieses Mittel jedoch ergänzt werden: zu fördern sind die Selbständigkeit in der Errichtung kleiner ökonomischer Netze und in der Entfaltung politischer Basisarbeit für eine soziale Gerechtigkeit, die «von unten» wächst.

Dies ist die Richtung, in die die meisten Beiträge zielen und zu der sie partielle Überlegungen beisteuern. Die Wege in diese Richtung werden umso besser gangbar sein, als bei den Trägern ökonomischer und politischer Macht das Bewußtsein wächst, daß eine grenzenlose ökonomische Entwicklung nicht nur die

Armen nicht von ihren Brosamen ernähren kann, sondern letztlich auch die Reichen zugrunde richtet. Für Christen aber sollte dieses Motiv des rationalen Selbstinteresses nicht notwendig sein, denn ihre Motivation ist durch das radikale «Sein-für-Andere» bestimmt, das die Existenz Jesu Christi und sein Gottesbild ausmacht. Diese Motivation praktisch zu bewahren, macht auch die Existenz der christlichen Kirchen in dieser Welt glaubwürdig. Dahinter zurückzubleiben, ist eine Schuld, die nur von der gnadenhaften Befreiung zu einer neuen praktischen Chance überholt werden kann.

Ökonomische Faktoren des Nord-Süd-Konflikts

Paul Steidl-Meier

Bevölkerungs-, Umwelt-, Energie- und Ernährungspolitik: Eine Problematik ungerechter Verteilung?

Der Titel dieses Aufsatzes tönt ein wenig schwerfällig, aber dies ist deshalb der Fall, weil auch der behandelte Gegenstand es ist. Das Problem ist eine Viererproblematik (Bevölkerungs-, Umwelt-, Energie-, Ernährungsfragen), und diese vier Variablen werden in erster Linie voneinander her interpretiert. Sie isoliert zu behandeln, wäre unsinnig; sie aber im Zusammenhang miteinander zu behandeln ist irgendwie außerordentlich schwierig. Ferner läuft der Titel auf eine Frage hinaus: Stellen diese vier Probleme eine Problematik ungerechter Verteilung dar? Es geht hier um ein Problem der Systemanalyse, weshalb die Methode zwangsläufig interdisziplinär ist. In der Einleitung gebe ich einige Positionen in bezug auf dieses verwickelte System an, die allgemein angenommen sind, und lege die Zielsetzungen des Aufsatzes dar.

Einleitung

Was wird über die Wechselbeziehungen zwischen Bevölkerungs-, Umwelt-, Energie- und Ernährungsfragen gesagt? Zwischen den Beobachtern besteht überraschenderweise eine weitgehende Übereinstimmung, wonach ein krasses Ungleichgewicht besteht zwischen den verschiedenen Populationen in der Welt und zwischen den jetzigen und den voraussichtlichen künftigen Bedürfnissen¹.

Gehen diese Ungleichheiten auf ein Problem ungerechter Verteilung zurück? Diese Frage umreißt die Aufgabe dieses Aufsatzes. Die genaue Zielsetzung dieses Artikels ist es nämlich, aufzuzeigen (so gut dies auf ein paar Seiten getan werden kann), daß das festgestellte Ungleichgewicht ungerecht, und zwar eine soziale Ungerechtigkeit ist und daß es Alternativen zu einer gerechteren Sozialpolitik gibt.

Dementsprechend erörtert dieser Aufsatz folgende Punkte:

1. die Methodologie;
2. die Knappheitshypothese;
3. die Hypothese ungerechter Verteilung;
4. den sich daraus ergebenden Schluß: die Kirche muß sich aktiv beteiligen.

I. Methodologie

Verteilungsmodelle sind mit Komponenten der Sozialpolitik und der sozialen Gerechtigkeit verknüpft. In diesem Zusammenhang erörtere ich die Sachverhalte, die Werte und die Politik.